

„An der Uni hat Sergey Abramkin tumorhemmenden Medikamente entwickelt. Jetzt ist er Doktor der Chemie – und kann sein Wissen nicht anwenden.“

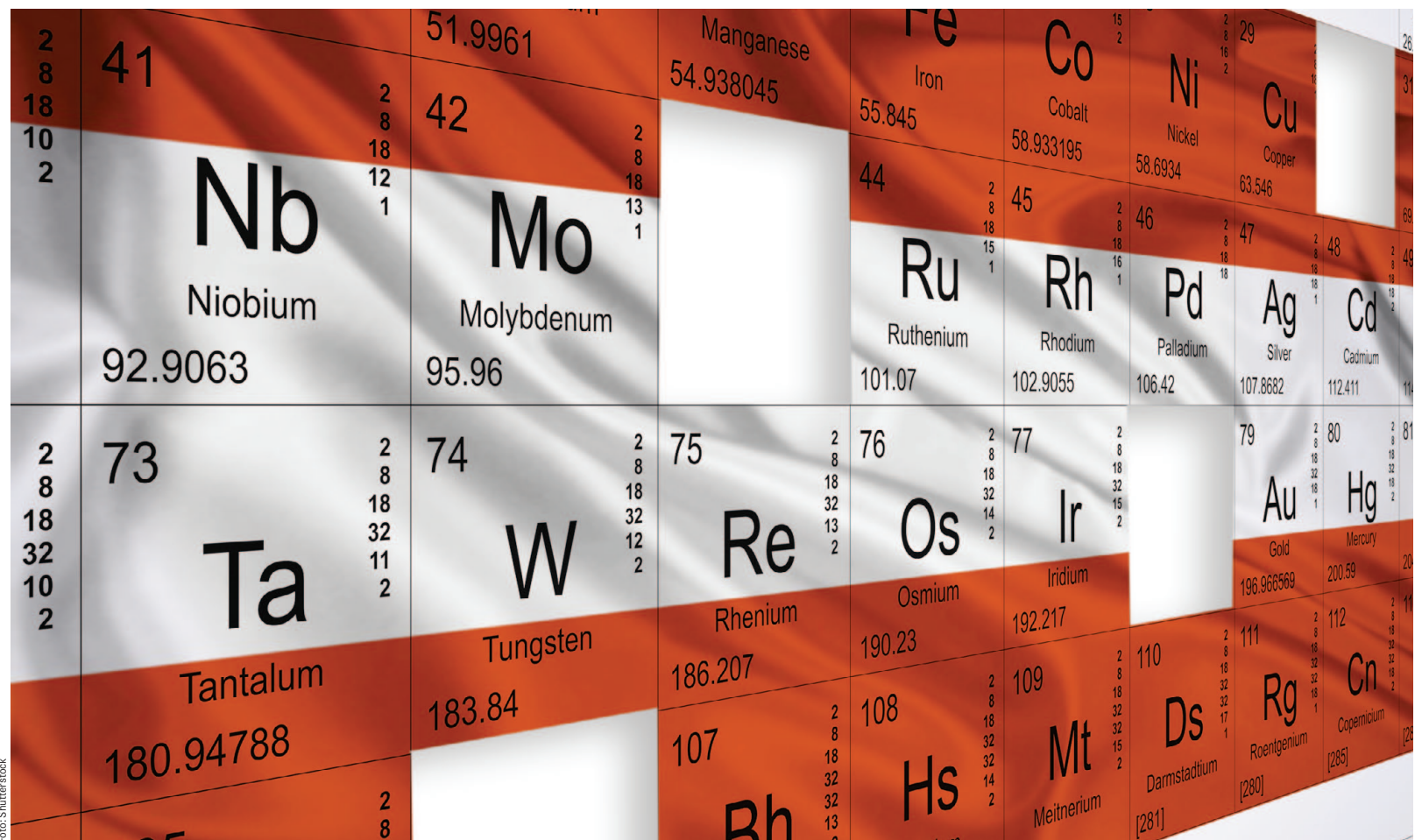


Foto: Shutterstock

Österreich braucht qualifizierte Zuwanderer, doch das System schwächt: Studieren dürfen sie zwar, doch das Arbeiten danach wird Migranten unnötig schwer gemacht.

Von Veronika Dolna

Für Laien klingt der Titel seiner Doktorarbeit wie ein Zungenbrecher: „Synthese und Charakterisierung neuartiger Oxaliplatin Analoga“. Doch die folgenden 99 Seiten könnten tausenden Krebspatienten die Qualen der Chemotherapie erleichtern. Sergey Abramkin verbrachte die letzten Jahre an der Universität in Wien, um tumorhemmende Medikamente mit deutlich weniger Nebenwirkungen zu entwickeln. „Wenn ich zuschauen kann, wie meine Substanz die Krebszelle vernichtet, macht mich das glücklich“, erzählt der gebürtige Russe. Doch anwenden kann er sein Wissen nicht. Denn Sergey Abramkin, seit August Doktor der Chemie, findet keinen Job.

Fünfzig Bewerbungen hat er in den letzten Monaten verschickt. Oft bekommt er nicht einmal eine Antwort. Und wenn doch, ist der Brief manchmal in Times New Roman geschrieben und nur sein Name in Arial eingesetzt. Dabei hat Sergey erfolgreich studiert, wurde nach einem eindrucksvollen Forschungsaustausch vom österreichischen Professor als Doktorand angeworben, hat publiziert und wurde in der Währung der Wissenschaft mit Zitationen belohnt. Nach zehn Jahren im Uni-Betrieb möchte der 29-Jährige in die Industrie wechseln. Doch die scheint ihn in Österreich nicht zu wollen.

Dabei fehlen genau dort rund 30.000 Fachkräfte. Um dem entgegenzuwirken, wurde 2011 die Rot-Weiß-Rot-Card eingeführt. Damit sollten jedes Jahr 8000 qualifizierte Zuwanderer angeworben werden. Aber der Plan scheint nicht aufzugehen: Im letzten Jahr kamen nur 1500. Und von den

1284 Nicht-EU-Bürgern, die im vergangenen Jahr ein Studium in Österreich abgeschlossen haben, blieben gerade einmal zwölf Prozent. Das wirkt sich auch volkswirtschaftlich aus: Laut Wifo müsste zumindest die Hälfte der ausländischen Studenten in Österreich bleiben, damit sich die Ausbildung für den Staat rentiert. „Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe sind wir längst nicht dort, wo wir sein sollten“, urteilt Meri Disoski, die Geschäftsführerin vom Verein Wirtschaft für Integration. Denn Akademiker werden trotz Rot-Weiß-Rot-Card eher vertrieben, als angelockt.

Einkommenshürden und Wissenslücken

Das liegt unter anderem an der Einkommensvorschrift, wie die Geschichte der Kolumbianerin Natalia Zambrano vor zwei Monaten deutlich zeigte. 1998 Euro muss ein Akademiker nämlich verdienen, der nach dem Studium bleiben will. Weil Zambrano nach elf Jahren und zwei Studien in Österreich zwar Jobangebote, aber kein ausreichend hohes Einstiegsgehalt vorweisen konnte, wurde ihr Visum nicht verlängert. Druck von Medien und Zivilgesellschaft sorgte dafür, dass sie schlussendlich blei-

ben und ihren Job antreten durfte. „Das war der Verdienst der Solidaritäts-Welle, die die Geschichte losgetreten hat“, ist Alexander Pollak von SOS Mitmensch überzeugt, der Zambrano unterstützte. Ihr Fall sorgte

„Die Einkommenshürde ist nicht das einzige Problem: Auch Naturwissenschaftler, die gut verdienen, scheitern am Übergang zwischen Studium und Beruf – an der Unkenntnis der Unternehmen.“

auch dafür, dass im Sozialministerium und im Integrationsstaatssekretariat über eine Lockerung der Einkommenshürde für die Rot-Weiß-Rot-Card zumindest nachgedacht wird.

Doch das ist nicht das einzige Problem. Im Fall von Sergey Abramkin, der in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, und daher gar keine Arbeitsbewilligung braucht, dürfte die Ablehnung auch an Unkenntnis der Gesetzeslage bei manchen Arbeitgebern liegen: „Wir hören immer wieder, dass Firmen der bürokratische Aufwand für Drittstaatsangehörige zu groß

ist“, weiß man beim Integrationsfonds. Obwohl es bei Abramkin gar keinen Mehraufwand gäbe, scheint Firmen allein die russische Staatsbürgerschaft abzuschrecken.

Resignation im Behördenschwung

„Es ist zu mühsam, für Sie eine Arbeitsbewilligung zu beantragen“ bekam auch Just Agbodjan Prince nach einem Vorstellungsgespräch zu hören: Der 38-Jährige stammt aus dem Togo und lebt seit 12 Jahren in Wien. Er studierte Elektrotechnik mit Schwerpunkt Telekommunikation und schrieb seine Diplomarbeit in Seibersdorf. Danach arbeitete er bei einer Firma, die mit dem AKH Wien kooperierte. Dort entwickelte er ein Gerät, das zur Tinitus-Therapie eingesetzt wird – bis er nach vier Monaten aufhören musste, weil er um eine Niederlassungsbewilligung angesucht hatte. Der Antrag wurde abgelehnt, und die Stelle, die er als kategorisierter „Forscher“ ausüben durfte, musste er als abgelehnte „Schlüsselarbeitskraft“ aufgeben. Obwohl er gerne in der Industrie arbeiten wollte, kehrte Agbodjan Prince als Assistent an die Uni zurück

und forscht mittlerweile an der Akademie der Wissenschaften. „Die Gehaltshürde ist bei mir kein Problem“, sagt der 38-Jährige mit Behördenerfahrung, „aber die Administration ist viel zu kompliziert.“ Mit dem Gedanken, nach Kanada zu gehen, spielt er deshalb immer wieder. Dort bekäme er – anders als in Österreich – nach drei Jahren die Staatsbürgerschaft und dürfte seine eigene behalten.

Für die Wirtschaft ein Problem: „Wir müssen uns überlegen, wie sich Österreich als Einwanderungsland generell präsentiert“, folgert Disoski. Bürokratische Hürden, das politische Klima und abwertende Medienberichte sorgen dafür, dass selbst die hartnäckigsten Zuwanderer irgendwann resignieren. Auch Sergey Abramkin hat sich innerlich schon von den Tumormedikamenten verabschiedet. „Ich suche mittlerweile einfach irgendeinen Job“, sagt der Doktor der Chemie. Die Tumorzellen wird's freuen.



Foto: Privat

Sergey Abramkin

Seit fast einem Dreivierteljahr ist der gebürtige Russe auf Jobsuche. Dass es so schwer wird, damit hat der Doktor der Chemie nicht gerechnet.



Foto: WVI

Zukunft gestalten

Am Integrationstag wird diskutiert, was jetzt getan werden muss, um Integration in Zukunft positiv zu gestalten.

ÖSTERREICHISCHER INTEGRATIONSTAG

Szenarien für die Zukunft

Wie sieht Österreich im Jahr 2033 aus? Und was muss heute getan werden, damit die Zukunftsbilder Realität werden? Diese Fragen werden am Freitag, 12. April, beim Österreichischen Integrationstag diskutiert. Die österreichweit größte Integrationskonferenz versammelt zum dritten Mal Experten und Meinungsführer, um Konzepte und Denkanstöße zur gesellschaftspolitischen Gestaltung zu geben.

Nach der Eröffnung im Wiener Rathaus finden drei Themenkonferenzen statt, eine davon zu Bildung und Arbeitsmarkt:

2033, so die These, wird das Bildungsniveau in Österreich zwar gestiegen sein. Doch noch immer gibt es Formen der Diskriminierung in der Schule oder bei der Jobsuche. Welche Antworten wir darauf haben, diskutieren u.a. der Migrationsforscher Bernhard Perchinig, AMS-Chef Johannes Kopf und der Bildungswissenschaftler Mikael Luciak. Parallel wird über die Themenblöcke „Demokratie und Partizipation“ sowie „Zusammenleben und Zusammenhalt“ gesprochen. Wer nicht live dabei ist, kann sich unter dem Stichwort #öit auf Twitter an der Diskussion beteiligen. **Info:** www.vwfi.at/integrationstag (dol)